



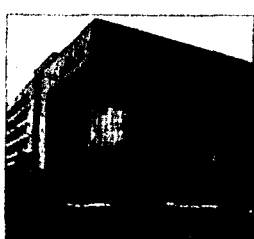
GENTECH
Was die Annahme der Initiative für ein Gentechnik-Moratorium in der Landwirtschaft gefährdet. **9**



SITUATION
Was für eine Rechnung die SNB erstmals veröffentlicht hat und woberüber diese Auskunft gibt. **10**



OPTIMISMUS
Wem der Aufwärtstrend im Schweizer Tourismus zu verdanken ist und was kein Zufall ist. **10**



SCHWUNG
Aktien, Devisen und Obligationen: Wie die Kurse gestern an der Börse in Zürich schlossen. **12**

VOLKSBLATT NEWS

Europäische Zentralbank steuert auf Zinserhöhung zu

FRANKFURT – Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen zunächst unverändert gelassen. Sie steuert aber auf eine baldige Zinserhöhung zu.

EZB-Präsident Jean-Claude Trichet liess am Donnerstag in Frankfurt keinen Zweifel daran, dass die Währungshüter wegen der hohen Inflation bald die Zinsen anheben werden. «Wir sind bereit, uns zu bewegen, wann immer es notwendig ist», sagte Trichet.

Ökonomen erwarten eine Erhöhung des Leitzinses von 2,0 auf 2,25 Prozent bereits im Dezember. Es wäre die erste Zinsänderung seit Juni 2003 und die erste Erhöhung seit Oktober 2000. (sda)

Nächste Woche wird gemäss USA kritisch für WTO-Abkommen

WASHINGTON – Die USA sehen ohne eine Einigung über die Senkung der Agrarzölle in der nächsten Woche das geplante WTO-Abkommen für die Liberalisierung des Welthandels gefährdet.

«Wenn wir nächste Woche keine Einigung erzielen, dann wird es sehr schwierig sein, auf anderen Gebieten wie Dienstleistungen und Marktzugänge bis zum Treffen in Hongkong zu einer Einigung zu kommen», sagte der US-Handelsbeauftragte, Rob Portman, am Mittwoch in Washington.

Die 148 Mitgliedsstaaten der WTO wollen im Dezember in Hongkong über ein neues Welthandelsabkommen sprechen. Nächste Woche werden die Handelsminister aus den USA, der Europäischen Union, Brasilien und Indien in London zusammenkommen, um zu versuchen, die Differenzen zwischen Washington und Brüssel zu beseitigen.

Die EU hatte vorige Woche angeboten, ihren durchschnittlichen Zoll auf Agrarimporte um etwa 38 Prozent zu senken. Die USA hatten eine durchschnittliche Zollsenkung um mindestens 54 Prozent gefordert. Die Regierung in Washington hatte ihrerseits in Aussicht gestellt, die Beihilfen für die Landwirtschaft um 60 Prozent zu kürzen. (sda)

WTO-Verhandlungen: Schweizer Bauern wehren sich

GENÈVE – Die Bauernverbände der Schweiz, Japans, Südkoreas und Norwegens sind beunruhigt über den Verlauf der Agrarverhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO). Sie fordern die Regierungen ihrer Länder auf, den Agrarexportstaaten die Stim zu bieten.

Agrarexporture wie die USA und die von Brasilien angeführten G20-Länder drängten zur Annahme exzessiver Forderungen, erklärten Vertreter der vier Organisationen, darunter der Schweizerische Bauernverband (SBV), gestern in Genf. Für die Verbände ist der geforderte Abbau der Zölle auf Agrarprodukten überbissen. Ebenso wehren sie sich gegen Maximalzölle oder die Limitierung der Zahl so genannter sensibler Produkte. Die Bauernvertreter zeigten sich tief besorgt über den Vorschlag der EU, die höchsten Zölle um 60 Prozent zu senken und den Maximalzoll auf 100 Prozent festzulegen. Die Plafonierung treffe nur eine kleine Zahl an Ländern, die bereits heute zu den grössten Importeuren von Landwirtschaftsprodukten gehörten. (sda)

Kleider werden teurer

Jahresteuerung im Oktober insgesamt leicht gesunken

VADUZ – Die Jahresteuerung hat sich in Liechtenstein und der Schweiz im Oktober 2005 leicht abgeschwächt. Sie sank gegenüber dem Vormonat von 1,4 auf 1,3 Prozent und lag damit gleich hoch wie im Oktober vor einem Jahr.

Für das ganze laufende Jahr erwartet das Bundesamt für Statistik (BFS) eine durchschnittliche Jahresteuerung von 1,2 Prozent, wie es gestern in einer Mitteilung hiess. Die grossen Preisschwankungen der Erdölprodukte in den letzten Monaten mache eine zuverlässige Prognose aber schwierig.

Für 2006 rechnet das BFS mit einer Jahresteuerung zwischen 0,8 und 1,3 Prozent. Die Schätzung steht unter der Annahme, dass die Wirtschaft weiter wächst und die Zinsen leicht ansteigen werden. Beim oberen Rand der Prognose hat das BFS die hohen Ölpreise und eine mögliche Einführung der CO₂-Abgabe eingerechnet.

Im Oktober des laufenden Jahres stieg die Teuerungsrate gegenüber dem Vormonat um 0,9 Prozent. Der Landesindex der Konsumentenpreise erreichte damit einen Stand von 105,7 Punkten (Mai 2000 = 100 Punkte).



Pech hat, wer noch neue Winterkleider braucht: Die Preise für Kleidung und Schuhe sind wieder höher.

Die Zunahme ist hauptsächlich auf höhere Preise für Bekleidung und Schuhe (+20,8 Prozent) zurückzuführen. Die im Januar und Juli erhobenen tiefen Ausverkaufspreise wurden durch die höheren, regulären Preise unter anderem für Winterkleider wieder ausgeglichen.

Für Treibstoff musste man im Oktober (Stichtag 3. Oktober) 3,7 Prozent mehr bezahlen als im Vormonat - das Preisniveau lag 18,3 Prozent über jenem des Vorjahres. Die Heizölpreise zogen zum Vormonat um 2,8 Prozent an, gegenüber dem Vorjahr um 41,7 Prozent. Auch die Tarife für Gas stiegen im Oktober um 6,9 Prozent.

Für Nahrungsmittel mussten die Konsumenten indes weniger tief ins Portemonnaie greifen. Das Preisniveau ging hier um 0,5 Prozent zurück. Vor allem tiefere Preise für Gemüse sowie Aktionen für Teigwaren und Reis trugen dazu bei. Teurer waren Rindfleisch und Früchte.

Das Preisniveau bei den Inlandgütern blieb praktisch stabil, wie es weiter hiess. Bei den Importgütern erhöhte es sich um 3,3 Prozent. Innert Jahresfrist wurden die Inlandgüter durchschnittlich um 0,3 Prozent teurer, die Importprodukte um 4,3 Prozent. (sda)

Schwerwiegende Konsequenzen

Gentech-Moratorium gefährdet laut KOF 40 000 Jobs

ZÜRICH – Die Annahme der Initiative für ein Gentechnik-Moratorium in der Landwirtschaft gefährdet laut einer Auftragsstudie der Gegner rund 40 000 Arbeitsplätze. Die Schweiz würde ihre Führungsposition in der Bio- und Gentechnologie verlieren, teilte die ETH-Konjunkturforschungsstelle KOF gestern mit.

Die Initiative für ein fünfjähriges Gentechnikverbot in der Landwirtschaft hätte gemäss den von den Initiativgegnern finanzierten KOF-Studie schwerwiegende Konsequenzen nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für den Forschungsstandort Schweiz. Ein Moratorium würde die Schweizer Bauern gegenüber den ausländischen Konkurrenten benachteiligen, weil der Anbau schädlings- und krankheitsresistenter Pflanzen nicht mehr erlaubt wäre, sagte KOF-Leiter Bernd Schips an einer Medienkonferenz gestern in Zürich. Den Konsumenten würde die Möglichkeit zur Wahl zwischen herkömmlichen und gentechnisch veränderten Lebensmitteln genommen.

Besonders nachteilig würde sich die Initiative, über die am 27. No-



Ein Moratorium würde laut KOF-Studie die Schweizer Bauern gegenüber den ausländischen Konkurrenten benachteiligen.

vember abgestimmt wird, laut Schips aber auf den Forschungs-

wirken. Obwohl die Gentech-Forschung von der Initiative nicht direkt verboten wird, würde das Anwendungsverbot auch die Grundlagenforschung beeinträchtigen. Ohne die Möglichkeit der praktischen Umsetzung würden die Unternehmen ihre Forschung ins Ausland verlagern. «Die Schweiz würde mit der Annahme des Moratoriums Gefahr laufen, die führende Rolle, die sie derzeit im Bereich der Pflanzenbiologie und in anderen Bereichen der Bio- und Gentechnologie noch hat, rasch und unwiderruflich zu verlieren», sagte Schips.

Gestützt auf Ergebnisse einer früheren Studie zu den Folgen der Gentech-Verbotsinitiative, die 1998 mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt wurde, bezifferte Schips den Arbeitsplatzverlust auf rund 40 000 Stellen. Betroffen wären primär die Forschung, aber auch nachgelagerte Bereiche. Die Chemie- und Pharmaindustrie sei einer der wenigen verbliebenen Wachstumsmotoren der Schweizer Wirtschaft, sagte der KOF-Leiter. Die Produktionsprozesse in diesem Bereich seien aber immer stärker durch bio- und gentechnische Verfahren geprägt, da diese Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen erlaubten. (AP)